avenir suisse news

19.06.2026
Im Browser ansehen

Newsletter Nr. 25/2026

Arbeit & Produktivität

Warum Keynes doch nicht ganz falsch lag

John Maynard Keynes' Prognose einer 15-Stunden-Arbeitswoche gilt als krachend gescheitert. Doch man sollte ihn nicht allein an der Stempeluhr messen. Denn die eigentliche Revolution hat sich an einem ganz anderen Ort abgespielt, schreibt Jürg Müller in seiner Kolumne in der «NZZ am Sonntag». Vollendet nun die künstliche Intelligenz, was Keynes einst prognostizierte?

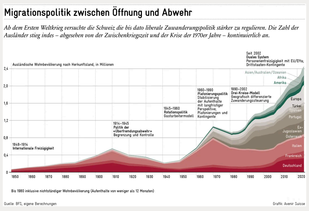
Die Zahl

20 Stunden

Am Anfang wie am Ende des Lebens stehen heute deutlich mehr Jahre ohne Erwerbsarbeit als früher, zunächst wegen der längeren Ausbildung, dann wegen der gestiegenen Lebenserwartung. Über die gesamte Lebenszeit gerechnet arbeitet ein heute Zwanzigjähriger, der studiert, noch rund 20 Stunden pro Woche. Sein Altersgenosse von 1930 kam auf gut 40 Stunden. *(AGR)*

Neues «Essential»

Die Zuwanderung effizient steuern



Das Stimmvolk hat die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» abgelehnt – die Debatte über die Zuwanderung geht dennoch weiter. Der Wunsch nach einer stärkeren Steuerung der Migration dürfte immer wieder aufkommen; der Bundesrat sieht im Rahmen der EU-Verträge eine Schutzklausel vor. Unser neues Essential vergleicht die wichtigsten Steuerungsinstrumente und zeigt ihre Vor- und Nachteile.

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Migration: Die Abstimmung zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» sorgte auch im Ausland für Aufmerksamkeit. Gegenüber «CNN» erklärt Jürg Müller, die Schweiz spüre die Folgen des starken Bevölkerungswachstums, etwa bei der Infrastruktur oder auf dem Wohnungsmarkt. Doch das Land ziehe letztlich Arbeitskräfte an, weil es ein attraktiver Standort sei. Grund sei unter anderem, dass die Schweiz in der Vergangenheit wirtschaftspolitisch einiges besser gemacht habe als die Nachbarländer.

Patrick Leisibach betont im schwedischen Fernsehen die zentrale Bedeutung der Migration für die Schweizer Wirtschaft. Einer von drei Arbeitnehmenden stamme aus dem Ausland. Doch die Menschen im Land sorgten sich, dass das Bevölkerungswachstum die Infrastruktur an ihre Grenzen bringe, zitiert ihn die Nachrichtenagentur «Reuters». Auch das polnische Fernsehen und das australische Radio befragten Leisibach zur Initiative und ihren Folgen.

Schweizer Medien nahmen unsere Einschätzungen ebenfalls auf. Die «Neue Zürcher Zeitung» griff einen von uns vor ein paar Jahren vorgebrachten Vorschlag zur Steuerung der Zuwanderung auf: Schweizer Unternehmen könnten freiwillig eine Abgabe zahlen, wenn sie eine ausländische Arbeitskraft anstellen. «Zentralplus» und die Wochenzeitung «p.s.» (Print) berichten derweil, Avenir Suisse habe einst einen Verzicht auf staatliche Standortförderung gefordert. Der «Tages-Anzeiger», der «Bund» und andere Zeitungen zitieren die Aussagen von Jürg Müller gegenüber «CNN». Und «Le Temps» (Print) übernahm aus unserem Beitrag, dass jeder zweite Einwanderer aus der EU/Efta wegen der Arbeit in die Schweiz komme.

Wohnraum: In der «Neuen Zürcher Zeitung» sagt Marco Salvi, mittels Infrastrukturprojekten in der Peripherie liessen sich neue Wohnräume erschliessen und die Zentren entlasten. Interessant sei auch die Idee der «Weissen Zonen». Sie könnten einige der Probleme lösen, die es heute mit Einsprachen gebe – etwas, was auch die deutsche Zeitung «Die Zeit» aufgriff.

Steuerüberschüsse: Der Zuger Regierungsrat schlägt vor, Überschüsse an die Steuerpflichtigen zurückzuzahlen. Wie «Zentralplus» berichtet, wäre Zug damit einer der ersten Kantone, der unsere Forderung eines Steuerrabatts umsetzen würde.

Staatlicher Fussabdruck: Alt Nationalrat Hans Egloff schreibt im «Zürcher Hauseigentümer» (Print), der «Tag der finanziellen Freiheit» falle dieses Jahr auf den 21. Mai. Bis dann arbeitet die Schweizer Bevölkerung für Steuern, Sozialwerke und Pflichtbeiträge, wie unsere Berechnungen zeigen. Auch das linke Magazin «Voix Populaire» (Print) nimmt unsere Idee auf – und fordert ein Gegenstück: den «Tag der Befreiung vom Kapital».

Subventionen: Die «Handelszeitung» (Print) schreibt, dass bei über 30 Mrd. Fr. an Subventionen jährlich (von insgesamt 57 Mrd.) nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie mit wettbewerbsverzerrenden Wirkungen einhergehen. Das habe Avenir Suisse im Beitrag «Der Subventionseisberg des Bundes» gezeigt.

Newsletter weitergeleitet?

Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind?

Avenir Suisse erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen

Kita-Kompass für die Politik

Lohnprozentbremse für die Schweiz

Staatliches Risiko(-kapital)?

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem Newsletter-Archiv.

Avenir Suisse, Puls 5 | Giessereistrasse 18, 8005 Zürich, Schweiz, avenir-suisse.ch

Über uns
Datenschutzerklärung
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie kommunikation@avenir-suisse.ch Ihrem Adressbuch hinzu.

Falls Sie künftig keine Newsletter erhalten möchten, benutzen Sie bitte diesen Link: Abmeldung von dieser Versandliste